

## "Das Saarland - europäisiertes Territorium?" in La Libre Belgique (11. August 1952)

**Legende:** Am 11. August 1952 untersucht der Brüsseler Senator Paul Struye in der Tageszeitung La Libre Belgique die Auswirkungen, die der deutsch-französische Streit über das Saargebiet auf die Entwicklung der europäischen Einheit hat.

**Quelle:** La Libre Belgique. 11.08.1952, n° 224; 69e année. Bruxelles: Edition de la Libre Belgique S.A. "La Sarre, territoire "européisé" ?", auteur:Struye, Paul , p. 1.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/das\\_saarland\\_europaisiertes\\_territorium\\_in\\_la\\_libre\\_belgique\\_11\\_august\\_1952-de-23fe815e-269b-4b5c-9e9f-ae589217aaod.html](http://www.cvce.eu/obj/das_saarland_europaisiertes_territorium_in_la_libre_belgique_11_august_1952-de-23fe815e-269b-4b5c-9e9f-ae589217aaod.html)



**Publication date:** 05/07/2016

## Das SAARLAND – „europäisiertes“ Territorium?

Es scheint, als habe man ein wenig übertrieben, als man in Belgien Robert Schuman Worte in den Mund legte, denen zufolge die Lösung der Saarfrage angeblich eine Voraussetzung für das Funktionieren der Gemeinschaft für Kohle und Stahl sei.

In Wirklichkeit wünscht sich dieser außergewöhnliche französische Staatsmann – und wer würde es sich nicht ebenfalls wünschen? –, dass dieses immer wiederkehrende Problem des Saarlandes endlich nicht mehr die deutsch-französischen Beziehungen und somit auch die Atmosphäre in Europa vergiftet. Und er ist der Meinung, dass eine zufrieden stellende Lösung die Einrichtung der Gemeinschaft in einzigartiger Weise fördern würde. Aber nichts gibt Anlass zu behaupten, dass seiner Meinung nach die Gemeinschaft zur Ohnmacht verurteilt wäre, sollten alle Bemühungen scheitern.

Bei aller Vermutung ist es sicher, dass das Ergebnis der laufenden Verhandlungen in gewisser Weise ein „Test“ für den Fortschritt ist, den der europäische Gedanke in den Köpfen der Bevölkerung gemacht hat.

Man muss zugeben, dass der Gegensatz, der zwischen dem frommen Wunsch nach der europäischen Einheit, der in unzähligen Reden, Entschließungsanträgen und Demonstrationen von Jugendbewegungen zum Ausdruck kommt, und dem hartnäckigen Widerstand nationalistischer Gruppen, die sich jedes Mal erneut mit großer Heftigkeit äußern, sobald eine praktische Lösung für das Problem gefunden werden soll, oft Anlass zum Staunen gibt.

Der schwierige „Start“ der Kohle- und Stahlgemeinschaft hat dies mehr als einmal gezeigt. Die Tatsache, dass die sechs Staaten sich nicht über den Sitz der Institutionen einigen konnten, obwohl diese Frage nur eine untergeordnete Rolle spielte, die in all ihren Gesichtspunkten lang und breit untersucht und debattiert worden war, dieses Missgeschick zeigt deutlich, wie weit die Theorie – die Idee Europa – von der Praxis – der konkreten Umsetzung, die Opfer seitens der Nationalstaaten verlangt – entfernt ist.

Die Art und Weise, wie auf der letzten Sitzung in Paris die Frage der Sprachregelung innerhalb der Gemeinschaft behandelt wurde, regt zu ähnlichen Gedanken an.

Die Gemeinschaft erkennt bekannterweise vier "offizielle" Sprachen an: Französisch, Deutsch, Italienisch und Niederländisch. Es ist sogar vorgesehen, dass die Sprache des Beklagten die Verfahrenssprache am Gerichtshof sein soll.

Aus belgischer Sicht wäre es natürlich unangebracht, wenn wir uns über eine Lösung beschwerten, die unsere beiden Landessprachen den Sprachen der anderen Mitgliedstaaten gleichsetzt. Was uns angeht, so ist das die ideale Lösung. Aber aus europäischer Sicht entfernt man sich immer weiter von der Idee der Einheit. Der Europarat hat fünfzehn Mitgliedstaaten und nur zwei offizielle Sprachen. Die Gemeinschaft der Sechs hat vier.

In anderer Hinsicht ist es doch bezeichnend – und enttäuschend –, dass, obwohl Belgien zumindest auf Regierungsebene der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft beigetreten ist, in der auch Deutschland Mitglied ist, unser Land von der Regierung in Bonn noch keinen zufrieden stellenden Lösungsvorschlag für das – zwar geringfügige, aber symbolkräftige – Problem des Grenzverlaufs im Osten unseres Landes bekommen hat.

Erinnern wir uns, wie es zu diesem Problem kam.

Vor langer Zeit haben wir jegliche annexionistischen Ambitionen aufgegeben. Obwohl einige historische Argumente unsere territorialen Ansprüche auf Regionen, die im Laufe der Geschichte zu unseren Provinzen gehörten, untermauern würden, haben wir klugerweise darauf verzichtet, diesen Weg zu gehen. Unsere Forderungen beschränkten sich auf einige Waldstücke oder Wiesen, mit denen wir eine sinnvolle Grenze hätten; so könnte im Interesse gutnachbarschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern den ärgerlichen Grenzstreitigkeiten ein Ende gesetzt werden.

Die großen Alliierten hatten die Rechtmäßigkeit unserer Forderungen, die sich auf das strikte Minimum beschränkten, anerkannt. In einer großzügigen Geste der Versöhnung hatte die belgische Regierung im Jahr 1949 geglaubt, vorläufig auf die Inbesitznahme des größten Teils der winzigen Territorien verzichten zu können, die die Alliierten uns zugesprochen hatten. Belgien konnte zu Recht hoffen, dass Deutschland seine Geste anerkennen würde und unverzüglich auf gutlichem Wege ein bilaterales Abkommen schließen würde, in dem es Belgien die kleinen Zugeständnisse machen würde, die sich außerdem aus beiderseitigem Interesse heraus ergeben.

Drei Jahre sind vergangen und Belgien wartet immer noch auf dieses Abkommen ... Es ist doch unwahrscheinlich, dass ein Deutschland, das, wie man uns sagt, Teil einer Europäischen Föderation werden will, in den letzten drei Jahren nicht die Zeit gefunden hat, eine vernünftige Lösung für ein winziges Nachbarschaftsproblem vorzuschlagen.

Die Saargelegenheit stellt in größerem Ausmaß ein ganz ähnliches Problem dar, dessen Lösung aber aufgrund dieses Ausmaßes ungleich schwieriger sein wird.

Frankreich beabsichtigt weder die Annexion noch die „Französisierung“ des Saarlandes, dessen grundgermanisches Wesen es anerkennt. Aber es hält an der Wirtschaftsunion mit diesem Gebiet fest, das sich gut mit dem benachbarten Lothringen ergänzt, und es stellt nicht ohne Grund fest, dass diese Union den Wohlstand des Saarlandes gefördert hat, dass sie sich scheinbar zwingend aus den geographischen Gegebenheiten ergibt und dass die Mehrheit der Saarländer ihr gegenüber positiv eingestellt sind.

In Deutschland betrachtet man das Saarland als festen Bestandteil des deutschen Vaterlandes, und die Autonomisten, die gegenwärtig an der Macht sind, werden richtiggehend wie Verräter behandelt.

Könnte die „Europäisierung“ des Gebietes den Ausgangspunkt für eine für alle betroffenen Parteien akzeptable Lösung darstellen?

Auf den ersten Blick wäre diese Europäisierung nur ein Name – andere sagen eine Verschleierung – für die gegenwärtige Autonomie, die nach Frankreich ausgerichtet ist und von den Deutschen als „delenda Carthago“ betrachtet wird.

Wenn sie jedoch realisierbar wäre – und realisiert würde – ist nicht einzusehen, was die Saarländer davon abhalten würde, eines Tages ihre Rückkehr in den Schoß Deutschlands zu beschließen. Es wäre in der Tat paradox, wenn die Bewohner eines „europäisierten“ Gebiets die einzigen Europäer wären, denen es bis in alle Ewigkeit verwehrt wäre, frei über ihr Schicksal zu entscheiden.

Aber diese Einwände sind vielleicht nicht entscheidend, und zweifelsohne werden die Rückfragen, die Bonn an Paris gestellt hat, es in den nächsten Tagen erlauben, sich eine genauere Idee von den Erfolgchancen eines Plans zu machen, der an sich verführerisch scheint.

Paul STRUYE